

## **Anlage zu TOP 11 der Niederschrift vom 15.06.2021**

### **Stichworte Haushalt 2021 – HuFA – 15.06.2021**

- Der Haushaltsplan 2021 wurde im Oktober 2020 in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht und durch diese im Dezember beschlossen.
- Bereits in meiner Haushaltsrede habe ich deutlich darauf hingewiesen, dass die Corona-Pandemie einschneidende finanzielle Folgen für den Haushalt 2021 haben wird.
  - o Vor allem die Einnahmen sind durch Corona weggebrochen.
  - o Beispielsweise bei der Gewerbesteuer, die von 26 Millionen auf 17,5 Millionen Euro absackte.
  - o Diese und weitere Ertragseinbrüche aber auch umfangreiche Corona-bezogene Mehraufwendungen machen 70 Prozent des aktuellen Defizits aus.
- Die Details sind Ihnen aus dem Vorbericht zum Haushaltsplan 2021 bekannt.
- Erinnern Sie sich: Die Planungen vor Corona sahen für 2021 einen ausgeglichenen Haushalt vor und den Finanzbericht 2020 konnten wir Ihnen – nicht zuletzt wegen der Corona-Kompensationszahlungen des Bundes – sogar mit einem leicht positiven Ergebnis vorlegen.
- An der Lage der Kommunen hat sich nichts geändert.
- Corona begleitet uns immer noch und wird es auch noch weiterhin tun.
- Für das Jahr 2021 sind trotzdem keinerlei Kompensationszahlungen angekündigt.
- Bund und Land lassen die Kommunen hier deutlich im Stich!

- Die Stadt Rüsselsheim hat in dieser schwierigen Zeit alles in ihrer Macht Stehende getan, um sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Unternehmen zu unterstützen.
- Nicht zuletzt das Aussetzen von Steuer- und Gebühreuzahlungen war kostenintensiv und hat seinen Anteil an der aktuellen Haushaltslage.

Darüber hinaus möchte ich dazu Stellung nehmen, was wir zwischen dem Beschluss des Haushalts im Dezember 2020 und dem heutigen Tag getan haben:

- Der Magistrat ist verpflichtet, der Aufsichtsbehörde einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen.
- Neben dem durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Haushaltsplan 2021 gehört zur Genehmigungsfähigkeit auch der Aufstellungsbeschluss zur Jahresrechnung 2019.
- Dieser musste Anfang des Jahres noch erarbeitet werden.
- Gleichzeitig hatte das Regierungspräsidium signalisiert, dass zur Genehmigungsfähigkeit für den Haushalt 2021 eine überarbeitete Planung für die Jahre bis 2024 notwendig ist.
- Der im Oktober vorgelegte Haushaltsplan stützte sich in seiner Annahme auf den Finanzplanungserlass aus dem Herbst 2020.
- Dieser gab als Ziel einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2024 vor.
- Im weiteren Verlauf wurde seitens des RP signalisiert, dass die geplanten Defizite zu hoch seien und eine Neuplanung notwendig ist.
- Da an der Genehmigungsfähigkeit Zweifel bestanden, haben wir unsere Pflicht wahrgenommen und nachgearbeitet.

- In diesem Sinne wurden dem RP gegenüber Anpassungsvorschläge kommuniziert, um abzustimmen, ob diese der Prüfung einer Genehmigungsfähigkeit standhalten würden.
- Dieser sah bereits deutliche Defizitreduzierungen durch geplante Minderaufwendungen und Mehrerträge in Höhe von 27,4 Mio. € gegenüber der beschlossenen Finanzplanung vor
- Ursprüngliche Planung (68,2 Mio.) – neue Planung (40,8 Mio.)
  - 7,5 Mio. € Personalkosten (Minderaufwendung)
  - 7,3 Mio. € Kreisumlage (Minderaufwendung)
  - 4 Mio. € Gewerbesteuer (Mehrerträge)
  - 7,5 Mio. € Grundsteuer (Mehrerträge - Erhöhung der Grundsteuer um insgesamt 200 Punkte (je 100 in 2023 und 2024))
- Die erschreckende Rückmeldung zu diesem Vorschlag erhielten wir am 04.06. im Schreiben des RP vom 31.05.2021.
- Hier wird deutlich, dass das Regierungspräsidium Einsparungen und Steuererhöhungen deutlich höher und – völlig ungeachtet der nach wie vor herrschenden Corona-Pandemie - vor allem früher beschlossen sehen will.

Lassen Sie mich meine Einschätzung zur derzeitigen Situation darstellen:

- Die Stadt Rüsselsheim hat während der Corona-Pandemie ihre Hausaufgaben gemacht.
- Neben der konsequenten Werbung für den Einzelhandel und die Gastronomie am Standort haben wir den Blick auch deutlich in die Zukunft gerichtet.
- Mit dem Gewerbeverein waren wir im ständigen Austausch nicht nur zu den aktuellen Problemen, sondern auch zur Entwicklung des Standorts.

- Zudem wurden in den Gewerbegebieten Standortinitiativen angestoßen und in den Bereichen Automotive, Gesundheitswirtschaft sowie Immobilien Fachgespräche angeboten.
- Mit CIMA sind wir in der Erarbeitung und Umsetzung eines Einzelhandels- und Zentrenkonzepts.
- Wir haben während der Corona-Pandemie über 1000 Unternehmen angeschrieben und für den Immobilienstandort geworben.
- Gleichzeitig wurde mit Hochdruck an unseren Entwicklungsgebieten gearbeitet (Eselswiese, Quartier am Ostpark, Motorworld)
- Wir schaffen Wohnraum, wir stärken den Wirtschaftsstandort, wir investieren in Schulen und Kitas.
- Rüsselsheim ist in einer starken Entwicklung, die durch Corona nicht gestoppt werden darf.
- Bei der Bruttowertschöpfung je Einwohner\*innen befindet sich Rüsselsheim aktuell mit 74.181 EUR auf Platz 2 hinter Frankfurt mit 84.838 EUR. In Mio. EUR mit einem Anteil von 1,9% an 5. Stelle – das entspricht ca. 4,8 Mio. EUR; hinter Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt und Kassel; noch vor Offenbach mit 1,7%.
- Anders als das Regierungspräsidium sehe ich radikale Einsparungen und Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt nicht als den richtigen Weg.

Meine Damen und Herren, wir sind an dem Punkt angelangt, an dem es nur gemeinsam geht. Nur gemeinsam können wir uns gegenüber der Aufsichtsbehörde und dem Land positionieren. Und nur gemeinsam können wir die zukünftige Entwicklung Rüsselsheims vorantreiben.